

# Gedanken zur SPÖ-Mitgliederbefragung Und was passiert danach?

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe (8. 5. 23) war die SPÖ-Mitgliederbefragung in vollem Gange.

Wie hat es ein Teilnehmer am Rande des 1. Mai-Aufmarsches in Wien ausgedrückt: „*Da haben drei Streithanseln die Partei und die Mitglieder in Geiselnahme genommen.*“

Tatsächlich scheint es so, dass unter den Verantwortlichen in der SPÖ nur mehr deren jeweilige persönliche Karriereinteressen Thema sind. Was die arbeitenden Menschen wirklich beschäftigt, wird mitunter zwar angesprochen, aber nicht effektiv angegangen. Das ist nicht erst jetzt so, nicht erst seit Rendi-Wagner SPÖ-Vorsitzende ist, sondern hat eine lange Vorgeschichte.

Die SPÖ wollte fast immer um jeden Preis – sofern sie nicht die Mehrheit hatte – und das war das einzige und letzte Mal in der Ära Bruno Kreisky – und wenn sie die stärkste Partei war, in der Regierung dabei sein. Weil die ÖVP praktisch immer mit der FPÖ eine parlamentarische Mehrheit hatte, konnte die ÖVP die SPÖ unter Druck setzen und die SPÖ ließ sich erpressen. Mit dem Ergebnis, dass sie immer mehr an Profil, Wähler und vor allem Mitglieder verlor. Hatte die SPÖ in den 1970er Jahren rund 700.000 Mitglieder, so sind es heute nur mehr rund 150.000.

Den Ausweg sahen die SPÖ-Spitzen nicht in der Stärkung der Basis, sondern in der wiederholten Anbiederung an Industrie und ÖVP.

So startete etwa bereits unter Kreisky und dann voll unter Sinowatz (SPÖ-FPÖ-Koalition) und Vranitzky (SPÖ-ÖVP-Koalition) der Ausverkauf und die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und staatlicher Betriebe (vollendet unter ÖVP-FPÖ-BZÖ) Der von Vranitzky betriebene EU-Beitritt ging einher mit dem Verlust Tausender Arbeitsplätze, Sparpaketen, Pensionsreformen wie z.B. die Anhebung des Frauenpensionsalters, das gerade jetzt schlagend wird.

Oder wie Christian Kern ohne Not und Plan SPÖ-Kanzler und SPÖ-

Vorsitzenden Faymann 2016 wegputschte und sich der Industrie mit seinem „Plan A“ an den Hals warf, in der Hoffnung, von Industrie und Medien gestützt die Wahlen gegen den schwachen Mitterlehner zu gewinnen. Doch ein Jahr später putschte Kurz in Abstimmung mit der Industriellenvereinigung Vizekanzler Mitterlehner weg. Kern war am Ende.

Statt auf die Basis, die arbeitenden Menschen, die Mitglieder zu setzen, setzte Kern auf die Industrie – und verlor. Genau das war und ist der Sündenfall der SPÖ seit Jahrzehnten.

Am Ende seines politischen Lebens hat Kreisky erkannt und gesagt: *Mit Androsch und Vranitzky hat der Bankdirektorenflügel in der SPÖ die Macht übernommen. Das wird den österreichischen Arbeitnehmer:innen teuer zu stehen kommen.*

Von diesem Weg hat sich die SPÖ bis heute nicht erholt und gelöst.

Aber auch die Anbiederung an die FPÖ, z.B. unter Kreiskys Minderheitsregierung (1970/71), nach Kreisky unter Sinowatz (1983-1986) oder im Burgenland unter Landeshauptmann Niessl (2015-2019) und seinem Nachfolger Doskozil (2019-2020) war kein Tabu, wenn es darum ging, an Regierungssesseln zu kommen.

Überlegung und Motto war immer:  
**Hauptsache „wir“ sind dabei**

Das hat man zuletzt auch nach der Salzburger Landtagswahl gesehen, als der dortige Landesparteiobmann Egger zuerst eine Dreierkoalition ÖVP-FPÖ-SPÖ ausschloss, aber dann doch dazu Bereitschaft zeigte – um den Preis, dann erst recht von der FPÖ abgelehnt zu werden und von der ÖVP – ähnlich wie in Niederösterreich dafür vorgeführt zu werden, dass der ÖVP nichts anderes übriggeblieben sei als mit der FPÖ eine Koalition zu suchen, weil die SPÖ zu „instabil“ sei.

Dass ÖVP und FPÖ um jeden Preis an die Macht wollen, keine Berührungängste haben und die ÖVP dafür immer mehr nach rechts geht und die Aufwertung und das Hochkommen

der FPÖ in Kauf nimmt, ist unübersehbar und zum Schaden der arbeitenden Menschen, ja der ganzen Bevölkerung! Will die SPÖ da „mitspielen“, hat sie vielleicht Posten, wird aber noch mehr Mitglieder Wähler verlieren.

## Doskozil

Oder die SPÖ gibt völlig ihre sowieso schon sehr verkümmerten Werte preis und biedert sich an ÖVP und FPÖ (siehe z.B. Migrationsfrage) und die Willkürinteressen der Industrie an, wie das SPÖ-Landeshauptmann Doskozil in seinem „Burgenland-Programm“ für den SPÖ-Bundesparteivorsitz und als Bundeskanzlerkandidat vorsieht.

So schlägt Doskozil einen vom Staat (der Regierung) gesetzlich bestimmten statt kollektivvertraglich zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ausgehandelten bzw. durch Kampf und Streik erzielten Mindestlohn vor.

Weiters will Landeshauptmann Doskozil die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) auflösen und die Krankenversicherung über das Budget abwickeln. Damit würden die Gelder, die die krankenversicherten Arbeiter und Angestellten erarbeiten und in die ÖGK einzahlen (jährlich immerhin über 17 Mrd. Euro!), im staatlichen Budget verschwinden.

Damit würde auch die ohnehin schon ausgehöhlt Selbstverwaltung durch die gesetzlichen Vertreter:innen der Arbeiter und Angestellten (sie sind seit der ÖGK-Reform 2018 nur noch zu je 50% mit den Unternehmer:innen zuständig) ganz wegfallen. Im Budget können dann diese Gelder je nach politischer Willkür für alle möglichen Zwecke umverteilt und damit der Gesundheitsversorgung leichter entzogen werden.

Das alles nützt der Wirtschaft, die ja schon jetzt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung den größten Brocken aus den aus unseren Geldern finanzierten Budget umverteilt bekommt. Der Rechtsbinker Doskozil biedert sich an Industrie und FPÖ an.

## Rendi-Wagner

Die SPÖ-Vorsitzende Rendi-Wagner wurde nach dem beleidigten Ausscheiden des erfolglosen, sich verspekuliert habenden Kern als SPÖ-Chef von diesem zur Nachfolgerin erkoren, empfohlen und hochgelobt. Seitdem fuhr und fährt sie einen Zick-Zack-Kurs, kritisiert einmal die ÖVP und die Industrie, biedert sich das andere Mal wieder an ÖVP und Industrie an – immer die Hoffnung verbreitend und das Ziel vor Augen, mit einer geläuterten, zum Positiven gewandelten ÖVP wieder koalieren und so Kanzlerin oder Vizekanzlerin zu werden. Zuletzt legte der offene Neutralitäts-Feind und NATO-Einpeitscher Anton Pelinka Rendi-Wagner nahe, mit der ÖVP (die ebenso wie die grün-schwarzen Militärs für die NATO sind) zu koalieren, weil sie sonst keine „reelle Machtoption“ hätte (Presse, 8.5.2023).

## Babler

Der sich hemdsärmelig und wortgewaltig gebende Traiskirchner Bürgermeister und Neo-Bundesrat Babler wiederum bedient in Worten linke SPÖ-Positionen, verlangt, was auch schon Rendi-Wagner verlangte und misst sich mit Doskozil zum Beispiel damit, dass er schon mehr FPÖ-Wähler zurückgeholt hätte als Doskozil. Seine nach Niessls SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland 2015 als Antwort darauf gebildete „Kompass-Initiative“ verlief schnell im Sand. Zur Neutralität war von Babler auch nichts zu hören. Vielmehr holte er Verfechter der USA-Politik und einer „EU-Sicherheitsarchitektur“ wie Eva Novotny (Ex-Außenpolitik-Beraterin Vranitzkys) oder Wolfgang Petritsch in sein außenpolitisches Team.

### Für alle Kandidat:innen gilt:

Wirkliche und wirksame Eingriffe in den Markt im Interesse der Masse der Bevölkerung kommen für sie nicht in Frage. Die EU ist heilig, bei Krieg, Sanktionen, neutralitätswidrigen Militärtransporten, neutralitätswidriger Mitfinanzierung der EU-Kriegsausrüstung wird mit den Kriegswölfen im Namen von Frieden mitgehault. Die Neutralität, die Kreisky noch hochgehalten hat, wird heute als mit der EU-Aufrüstung und EU-Militari-

sierung vereinbar erklärt. Was nicht stimmt, gefährlich für Frieden und Sicherheit Österreichs ist und so gleichzeitig den Rechten, der FPÖ in die Hände spielt.

Denn in dem Maße, in dem die SPÖ seit dem EU-Beitritt die Neutralität – übrigens gemeinsam mit ÖVP und FPÖ aushöhlt, spielt sich die FPÖ als „Neutralitätshüter“ auf:

*Schon vergessen, dass ÖVP und FPÖ in der Regierung von 2000-2006, unter ÖVP-Kanzler Schüssel und FPÖ-Verteidigungsminister Scheibner der NATO beitreten und die Neutralität wie Mozartkugeln und Lipizzaner ins Museum entsorgen wollten?*

*Schon vergessen, dass der Beitritt zum EU-PESCO-Vertrag, der EU-Militäraufrüstung organisiert, 2017 unter ÖVP-Kurz als Außenminister, SPÖ-Kern als Bundeskanzler, SPÖ-Verteidigungsminister Doskozil erfolgte und seither durch ÖVP-FPÖ (Kurz, Strache, Kickl, Kunasek) und jetzt von ÖVP-Grün umgesetzt wird?*

ihr Belastungsprogramm durch.

Besonders LH Doskozil wird von den Medien, die sonst ganz und gar nichts mit der SPÖ am Hut haben, ständig gehypt, also stark als „Lösung“ und als „SPÖ-Kanzler-Kandidat mit den größten Chancen“ angepriesen. Doskozil wiederum fühlt sich sichtlich geschmeichelt und spielt umgekehrt ebenso auf diesem Klavier.

Nicht nur, dass die SPÖ in ihrem derzeitigen Zustand der Regierung nichts aktiv entgegensetzt, regieren ÖVP und Medien im Interesse der Wirtschaft in die SPÖ hinein.

**Ob und wie die Herrschenden welche SPÖ in einer Regierung haben wollen, solange ÖVP und FPÖ oder umgekehrt die Interessen der Industrie umsetzen, ist offen.**

Kreisky hat gewonnen, weil er versprach Österreich aus dem Mief der 1950er und 1960er Jahre herauszuführen und im Interesse der Großindustrie modernisierte und so



*Foto: Sozialistische Jugend (SJ) Wien*

Hat man in der SPÖ vergessen, dass die deutschnationale FPÖ nie für die Neutralität Österreichs war, dass die FP leugnet, dass es eine österreichische Nation gibt und die FP Österreich immer an der Seite Deutschlands „gut“ aufgehoben sieht?

Man hat von Anfang an den Eindruck, dass sich die SPÖ die Debatte um den Vorsitz auch von den Medien und dem politischen Gegner hat aufzwingen lassen. Während die SPÖ öffentlich vorgeführt wird, redet keiner mehr von der ÖVP-Korruption und zieht die ÖVP-Grüne-Regierung im Windschatten der SPÖ-„Diskussion“

auch die Medien viele Jahre auf seiner Seite hatte. Als die Industrie Anfang der 1980er Jahre Sparprogramme („Mallorca-Paket“) auf Kosten der Arbeitenden verlangte oder Sozialminister Dallinger eine Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) forderte, um die Produktivitätsprofite der Unternehmen der Allgemeinheit zugänglich zu machen und Sozialabbau zu verhindern, ließen Industrie und Medien auch Kreisky fallen.

Ähnlich war es auch bei der im Nachhinein ebenfalls glorifizierten Ära Vranitzky-Klima von 1986 bis

*Fortsetzung nächste Seite*

1999. Zuerst brachten Vranitzky und seine Verstaatlichten-minister Streicher und Klima der Industrie die Privatisierung und den Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie auf den Weg. Dann wurde mit der ÖVP, begleitet durch eine bis da-hin noch nicht gesehene Medien-kampagne, der EU-Beitritt für die Industrie erledigt.

Das kostete Zehntausende Arbeitsplätze. Das trieb Wähler:innen und Mitglieder in Scharen von der SPÖ weg und brachte herbe Wahlverluste. Nachdem die SPÖ für die Industrie, für das Kapital, ihre Schuldigkeit getan hatte, schwenkte die Industrie auf die ÖVP-FPÖ-Koalition um, die den Rest der

Privatisierungen, Auf-rüstung (Eurofighter), „Pensions-reform“ und weiteren Sozialabbau erledigte.

Auch international hat sich zuletzt sowohl in Schweden als auch in Finnland gezeigt wie es Sozialdemokrat:innen ergeht, wenn sie sich anbieten. In beiden Ländern, aber besonders in Finnland, haben die für ihren Einsatz für den NATO-Beitritt hochgelobten SP-Regierungschefinnen danach die Wahlen verloren.

Man sieht, auf Wirtschaft und Industrie als Bündnispartner für die SPÖ zu hoffen, ist sinnlos und ein Desaster für die arbeitenden Menschen. Die einzige sinnvolle Koalition wäre die mit den

arbeitenden Menschen. Doch das braucht, ist es ernst und ehrlich gemeint, viel Zeit und echte Basisarbeit. Nur ein neuer Kopf an der Spitze ist entschieden zu wenig.

\*

**„Ob Babler, Doskozil oder Rendi-Wagner – die arbeitenden Menschen müssen das Sagen haben: ob in Opposition, ob in Regierung, ob in Partei, Gewerkschaft, oder Betrieb“**

---

# ***Solidarität***

## ***unsere Chance***

Nummer 162

Mai 2023

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: [www.prosv.at](http://www.prosv.at) \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

---